



LANDKREIS
VULKANEIFEL

Informationen gemäß Art. 13 der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1a DS-GVO)

Landkreis Vulkaneifel

Anschrift:

Kreisverwaltung Vulkaneifel
Mainzer Straße 25
54550 Daun
Telefon: 06592/933-0
E-Mail-Adresse: info@vulkaneifel.de

2. Beauftragte/r für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1b DS-GVO)

Kreisverwaltung Vulkaneifel
- Behördlicher Datenschutzbeauftragter -
Mainzer Straße 25
54550 Daun
Telefon: 06592/933-0
E-Mail-Adresse: datenschutz@vulkaneifel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1c DS-GVO)

Antragsbearbeitung zur Lernmittelfreiheit (Schulbuchausleihe) und die entgeltliche Ausleihe von Lernmitteln.
Rechtsgrundlage: Landesverordnung über die Lernmittelfreiheit und die entgeltliche Ausleihe von Lernmitteln

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO) und Quelle der Daten (Art. 14 DS-GVO)

Empfänger oder Kategorien von Empfängern:

Die im Antrag und in den Belegen enthaltenen personenbezogenen Daten können vom Landkreis Vulkaneifel gem. § 4 Abs. 3 der Landesverordnung über die Lernmittelfreiheit und die entgeltliche Ausleihe von Lernmitteln auch bei der Antragsprüfung für die Schülerbeförderung herangezogen werden.

Kategorien personenbezogener Daten, die - soweit erforderlich - verarbeitet werden:

- Familienname/Vornamen Schüler mit Geburtsdatum und Adresse sowie Schule und Klassen-/Jahrgangsstufe
- Familienname/Vornamen Antragsteller mit Adresse, Telefonnummer und E-Mail-Adresse
- Angaben zum Sorgerecht, zur Haushaltsgemeinschaft und weiteren zu berücksichtigenden Kindern
- Einkommensnachweise, Bankverbindung

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung der Daten an ein Drittland ist nicht vorgesehen.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2a DS-GVO)

6 Jahre.

Grundsätzlich werden die Daten nur solange gespeichert und aufbewahrt, wie dies für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft.
Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.
- Recht auf **Widerruf**. Wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1a oder Art. 9 Abs. 2a DS-GVO beruht, haben Sie nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2d DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Hinweis:

Diese Informationen gelten für Informationspflichten nach Art. 14 DS-GVO entsprechend.